

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Thomas Roth und Cornelia Willius-Senzer (FDP)

Inkassowesen im Zuge der Corona-Krise

Das Inkassowesen ist im Zuge der Corona-Krise stärker in den Fokus der öffentlichen Debatte gerückt. Im Zentrum des Diskurses steht das ungleiche Verhältnis von Inkassokosten zum Aufwand und der zugrunde liegenden Forderung. Aufgrund der Corona-Pandemie könnten zahlreiche Verbraucher in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Der Bundestag hat am 27. November 2020 dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Verbraucherschutz im Inkassorecht in der vom Rechtsausschuss geänderten Fassung zugestimmt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung das Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Reform des Inkassorechts in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit von Inkassogebühren und in Bezug auf die Schaffung von mehr Transparenz im Inkassowesen auch in Rheinland-Pfalz?
2. Inwiefern unterstützt die Landesregierung die Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf Verbraucherrechte und -pflichten im Inkassowesen?
3. Inwiefern werden Verbraucher vor Inkassoschwierigkeiten geschützt, wenn sie Opfer von Identitätsdiebstahl geworden sind?

Thomas Roth und Cornelia Willius-Senzer